



Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr

Niederschrift

über die 3. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr in der siebzehnten Wahlperiode am Montag, dem 26.04.2021, 18:00 Uhr in der Aula des Freiherr-vom-Stein-Schulzentrums, Freiherr-vom-Stein-Straße 15, 51503 Rösrath

Sitzungsbeginn: 18:01 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender

2. Stellv. Bürgermeister Jürgen Bachmann

Mitglied der CDU-Fraktion

1. Stellv. Bürgermeister Wolfgang Büscher
Ratsmitglied Dr. Markus Heider
Ratsmitglied Leonard Nielen
Ratsmitglied Marc Schönberger
Ratsmitglied Jürgen Steinbach

stellv. Mitglied der CDU-Fraktion

Ratsmitglied Christoph Jahn Vertr. für Herrn Mau

Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ratsmitglied Ronald Labitzke
Ratsmitglied Lothar Schneid
3. Stellv. Bürgermeister Hardy Schumacher
sachkundiger Bürger Peter Wittkop

stellv. Mitglied der SPD-Fraktion

sachkundiger Bürger Lukas Nebel Vertr. für Herrn Gardemeier

Mitglied der Fraktion ForsPark

Ratsmitglied Yannick Steinbach

Mitglied der FDP-Fraktion

Ratsmitglied Erik Pregler

Mitglied der AfD-Fraktion

Ratsmitglied Jörg Venedey

stellv. Mitglied der Fraktion ZLR

sachkundiger Bürger Reinhold Stegmayer Vertr. für Herrn Lambrecht
TOP 3 bis 7

sachkundiger Bürger Tobias Stupeler Vertr. für Herrn Lambrecht
mit Ausnahme TOP 3 bis 7

Mitglied der Fraktion DIE LINKE.

sachkundiger Bürger Frank Albert-von der Ohe

Von der Verwaltung

Sachbearbeiter	Götz Funke
Dezernent	Christoph Herrmann
Sachbearbeiterin	Silvia Rock

Schriftführer

Sachbearbeiter	Daniel Jan Moch
----------------	-----------------

Gast im öffentlichen und nichtöffentlichen Teil

Bürgermeisterin	Bondina Schulze
-----------------	-----------------

Vertreter der Presse als Gast im öffentlichen Teil

Dr. Thomas Rausch (Vertreter der
Zeitungsgruppe Köln)

Nach Eröffnung der Sitzung und vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen und die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl der Ausschussmitglieder anwesend ist.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift der letzten Sitzung

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis; Einwendungen werden nicht erhoben.

2. Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse

Zu 4) Der Stadtrat hat die Aufstellung des Bebauungsplans 128 Oberlüghausen in seiner Sitzung am 22.03. beschlossen.

Zu 5) Die Offenlage wird zurzeit durchgeführt.

Zu 6) Die Satzung wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Zu 13) Die Verwaltung erarbeitet das Konzept und stellt es in einer der nächsten Ausschusssitzungen vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis; Einwendungen werden nicht erhoben.

3. BP 26 Hack-West, 9. Änderung gem. § 13a BauGB
Drucks.-Nr. 163/2021

Als Klimamaßnahme soll aus Sicht von ZLR darauf geachtet werden, dass ausreichend Bäume auf dem Grundstück eingepflanzt werden.
Der Vorsitzende bezeichnet die Forderungen von ZLR angesichts des derzeitigen Planungsstands als verfrüht.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt bei einer Genstimme und einer Enthaltung
Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Rösrath beschließt gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung der 9. Änderung des Bebauungsplans Nr. 26 "Kölner Str./Pestalozziweg" in dem in der Anlage zur Sitzungsvorlage dargestellten Geltungsbereich als Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB.

4. Antrag der Fraktion ForsPark
hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 02.07.2018 zum Bebauungsplan Nr. 124 "Heidchenwiese"
Drucks.-Nr. 160/2021

Herr Herrmann berichtet, dass die Fläche seit den 1980ern als bebaubar beschlossen gilt und in den geltenden Flächennutzungsplan eingeflossen ist. Die Diskussion über weitere Bebauungen ist auch zulässig und gewünscht. Allerdings gelte es auch zu beachten, dass seit 2,5 Jahren eine Liste der Interessenten für die Baugrundstücke geführt werde:

Mit Stand vom 23. April 2021 haben sich 559 Bewerber für 13 kommunale Grundstücke beworben, ca. 40% der Bewerber stammen aus Rösrath.
Herr Schönberger merkt an, dass dieses Vorhaben nicht gegen Forsbacher Interessen gerichtet sei. Zudem könne mit kommunalen Einnahmen von ca. drei Millionen € oder mehr gerechnet werden. Dieses Geld werde in Rösrath für das

Schulzentrum Freiherr-vom-Stein und andere Schulen dringend benötigt.
Die Wohnqualität in Forsbach gehe durch die geplante Bebauung ebenfalls nicht verloren. Auch er verweist darauf, dass das Gebiet seit 40 Jahren zur Bebauung vorgesehen sei.

Herr Venedey kritisiert, dass, seiner Meinung nach, die Objekte zu groß ausfielen.
Herr Yannick Steinbach deutet die Kommunalwahlergebnisse als Zeichen der Bevölkerung gegen die Zustimmung zum Bebauungsplan. Es fehle an Kita-Plätzen und Ausweichflächen für Bolzplätze. Daher sei die Fortführung einer „Entscheidung von irgendwelchen Stadträten vor vielen Jahren“ unverantwortlich.
Herr Schumacher widerspricht dem entschieden und weist darauf hin, dass besagte Stadträte damals nach bestem Wissen und Gewissen entschieden hätten.

Der Vorsitzende Herr Bachmann unterbricht die laufende Sitzung um 18:27 Uhr, um eine Bürgereingabe durch Frau Ute Hünseler zuzulassen.
Frau Hünseler wohnt in Forsbach und gibt zu bedenken, dass insbesondere durch die Pandemie die zu bebauende Wiese bei einer stetig wachsenden Zahl an Bürgern immer mehr an Bedeutung als Freizeit- und Erholungsfläche gewonnen hätte. Die dortigen Möglichkeiten der Aufenthaltsfunktion könnten nicht durch den Königsforst kompensiert werden. Die Beibehaltung einer entsprechenden Freifläche solle daher ermöglicht werden.

Um 18:31 Uhr nimmt der Vorsitzende die Sitzung wieder auf.
Herr Stegmayer stimmt dem von Frau Hünseler Gesagten zu und fordert ein Leitbildkonzept.
Herr Pregler fordert die Zurückstellung des Antrags. Er beklagt den regelmäßigen Unfrieden bei jeglichen Planungsfragen und stellt deshalb einen Antrag auf Vertagung bis zum Abschluss eines Leitbildprozesses.
Herr Nebel fordert ebenfalls einen Leitbildprozess und bekundet seine Unterstützung für den Antrag von Herrn Pregler.

Der Antrag auf Vertagung der Abstimmung bis zum Abschluss eines Leitbildkonzeptes wird bei sieben Zustimmungen und zehn Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt bei einer Ja-Stimme und einer Enthaltung
Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Rösrath beschließt, den Aufstellungsbeschluss vom 02.07.2018 zum Bebauungsplan Nr. 124 „Heidchenwiese“ aufzuheben.

5. BP 124 Heidchenwiese, Abwägung und Satzung
Drucks.-Nr. 162/2021

Herr Funke berichtet über das Abwägungsverfahren und erläutert den folgenden Abstimmungsablauf.

Prüfung der vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3(1) BauGB – Stellungnahmen der Bürger:

B 1 Geltungsbereich

Beschluss: einstimmig bei drei Enthaltungen
Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 2 Satteldächer, Entwässerung

Beschluss: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 3 Flächennutzungsplan

Beschluss: einstimmig bei drei Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 4 Verkehrsbelastung, Verkehrsgutachten, Verkehrszählung, Verkehrslärm, Niederschlagswasser

Beschluss: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 5 Geltungsbereich

Beschluss: einstimmig bei fünf Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 6 Geltungsbereich

Beschluss: einstimmig bei zwei Enthaltungen

Der Stellungnahme wird stattgegeben.

B 7 Geltungsbereich

Beschluss: mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen

Der Stellungnahme wird stattgegeben.

B 8 Umweltbelange, Bolzplatz

Beschluss: mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 9 Erholungsnutzung, Umweltbelange, Straßenbreiten

Beschluss: mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 10 Flächennutzungsplan, Erholungsnutzung, Verkehrsbelastung, Verkehrsgutachten, Fluglärm

Beschluss: mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 11 Abwasser, Verkehrsbelastung, Verkehrsgutachten, Verkehrslärm

Beschluss: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

Prüfung der vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3(1) BauGB – Stellungnahmen der Behörden:

T 5.1 Untere Naturschutzbehörde / Ausgleichsmaßnahmen

Beschluss: einstimmig bei vier Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

T 5.3 Beirat der unteren Naturschutzbehörde / Biotoptyp-Einordnung

Beschluss: einstimmig bei zwei Enthaltungen

Den Anregungen wird stattgegeben. Die Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung berücksichtigt in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde die Stellungnahme.

T 5.4.1 Untere Umweltschutzbehörde / Wasser Entwässerungskonzept

Beschluss: einstimmig bei fünf Enthaltungen

Den Anregungen wird stattgegeben. Das Entwässerungskonzept berücksichtigt in Abstimmung mit der unteren Wasserbehörde die Stellungnahme.

T 5.4.2 Untere Umweltschutzbehörde / Wasser Dachbegrünung

Beschluss: einstimmig bei fünf Enthaltungen

Den Anregungen wird stattgegeben.

T 8 Stadtwerke AöR / Abwasserbeseitigung, Wendeanlage

Beschluss: einstimmig bei fünf Enthaltungen

Die Vorgaben zur gedrosselten Wassermenge sind im Abwasserkonzept umzusetzen.

T 10 Flughafen Köln/Bonn / Festsetzung zum Fluglärm

Beschluss: einstimmig bei fünf Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

Prüfung der vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der Offenlage

gem. § 3(2) BauGB – Stellungnahmen der Bürger:

B 12 Zuwegung zu privaten Grundstücken

Beschluss: einstimmig bei fünf Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 13 Verkehrsbelastung

Beschluss: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 14 Erschließung, Verkehrsbelastung, Entwässerung, Grünfläche im Ort

Beschluss: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 15 Verkehrsbelastung, Lärm, Schmutz, Kindergärten, Lebensqualität

Beschluss: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 16 Verkehrsbelastung, Emissionen, Wertminderung, Folgekosten, Natur und Umwelt, Lebensqualität

Beschluss: einstimmig bei fünf Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 17 Wohnbauflächenbedarf, Verkehrsbelastung, Abwasser, Starkregen, Kindergärten

Beschluss: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 18 Verkehrsführung, Stellplätze, Bolzplatz

Beschluss: einstimmig bei fünf Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 19 Flächennutzungsplan, Straßenführung, Gesamtplan, ForsPark, Landschaftspflege

Beschluss: mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 20 Verkehrsbelastung, Wiese

Beschluss: mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 21 Verkehrsbelastung

Beschluss: mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen
Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 22 Grünfläche, Flächennutzungsplan, Bolzplatz, Niederschlagswasser
Beschluss: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen
Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 23 Baumbestand
Beschluss: mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen
Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 24 Straßenbreiten
Beschluss: einstimmig bei sechs Enthaltungen
Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 25 Dachneigung, Nahwärmenetz
Beschluss: einstimmig bei fünf Enthaltungen
Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 26 Erforderlichkeit, Umweltbelange, Innenverdichtung, Erholungsnutzung,
Niederschlagswasser, Verkehrsbelastung, Verkehrslärm, Abwasser, Starkregen,
Bolzplatz
Beschluss: mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen
Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 27 Erforderlichkeit, Umweltbelange, Kindergärten, Verkehrslärm, Abwasser,
Starkregen, Innenbereich
Beschluss: mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen
Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 28 Flächennutzungsplan, Innenbereich, Verkehrsbelastung, Entwässerung,
Fluglärm
Beschluss: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen
Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

Prüfung der vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der Offenlage
gem. § 3(2) BauGB – Stellungnahmen der Behörden:

T 15.1 Untere Naturschutzbehörde / Ausgleichsmaßnahmen, Fassadengrün
Beschluss: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen
Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

T 15.3 Untere Umweltschutzbehörde / Wasser, Entwässerungskonzept, Starkregen,
Dachbegrünung
Beschluss: einstimmig bei fünf Enthaltungen
Den Anregungen wird gefolgt.

T 15.6 Untere Umweltschutzbehörde / Bodenschutz, Bodenfunktionsbewertung
Beschluss: einstimmig bei drei Enthaltungen
Den Anregungen wird gefolgt.

T 15.9 Brandschutz / Verkehrsfläche
Beschluss: einstimmig bei sechs Enthaltungen
Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

T 18 Stadtwerke AöR / Abwasserbeseitigung
Beschluss: mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen

Der Anregung wird stattgegeben. Ein Abwasserbeseitigungskonzept mit einer Drosselung von QDR kleiner gleich 16 Liter pro Sekunde wurde erstellt und mit den Stadtwerken und der zuständigen Wasserbehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises abgestimmt.

T 19.1 Airport Köln/Bonn / Festsetzung zum Fluglärm

Beschluss: einstimmig bei fünf Enthaltungen

Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

T 19.2 Airport Köln/Bonn / Lärmschutzzone

Beschluss: einstimmig bei vier Enthaltungen

Der Stellungnahme wird stattgegeben. Die Formulierung wird entsprechend geändert und auf den aktuell geltenden Landesentwicklungsplan verwiesen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt bei einer Gegenstimme und 6 Enthaltungen

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Rösrath beschließt unter Abwägung der während der Offenlagen vorgebrachten Stellungnahmen den Bebauungsplan Nr. 124 „Heidchenwiese“ mit Umweltbericht, textlichen Festsetzungen und Begründung (nach Maßgabe der Fachausschüsse) gem. § 10 BauGB i.V.m. § 7 GO NW (in der jeweils gültigen Fassung) als Satzung.

6. Antrag der WG ZLR zum Bebauungsplan Heidchenwiese
Drucks.-Nr. 176/2021

Herr Stegmayer zieht den Antrag im Namen der ZLR zurück.

7. 2. Antrag der WG ZLR zum Bebauungsplan Heidchenwiese
Drucks.-Nr. 177/2021

Herr Stegmayer schlägt vor, als Ausgleich einen Mehrgenerationenpark zu schaffen. Herr Büscher schlägt vor, die Restfläche einer Nutzung als Park zuzuführen. Herr Pregler befindet den Antrag der ZLR als inkonsequent, denn durch den zuvor geäußerten Wunsch nach einem Leitbild sei eigentlich die Rücknahme des Antrags notwendig.

Herr Herrmann sagt eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag in einer der nächsten Sitzungen zu.

Dies wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Mit Zustimmung der ZLR schließt sich der Ausschuss dem Vorschlag von Herrn Herrmann an.

8. Neubau von zwei Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 14 Wohneinheiten und 25 Stellplätzen auf dem Grundstück Tannenweg 1, 3, 3a; Gemarkung Rösrath, Flur 13, Flurstück 612
Drucks.-Nr. 48/2020 II - 1

Herr Schönberger bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme zur Situation des mittleren Gebäudes. Herr Herrmann teilt mit, dass keine Kenntnis über einen Abriss des mittleren Gebäudes bestehe.

Herr Wittkop erhebt die Forderung nach einem Strategiepapier im Zukunftsausschuss und fragt die Verwaltung

1. nach der derzeitigen Stellplatzsituation in Bezug auf Doppelparker.
2. nach dem Grund für die Reduzierung der Fahrradplätze um ca. 25%.
3. ob der Radius beim Radschnellweg für die Feuerwehr geeignet ist bzw. geprüft wurde.

Herr Herrmann antwortet entsprechend zu

1. dass die Doppelparker im Wesentlichen ein Zusatzstellplatzangebot über die rechtlich erforderliche Zahl hinaus darstellen.
2. dass insgesamt 35 Stellplätze nachgewiesen werden.
3. dass der Wendehammer für Müll- und Feuerwehrfahrzeuge geprüft wurde.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen
Der Planungsausschuss stimmt den geplanten Mehrfamilienhäusern zu.

9. Bauvoranfrage zur Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses mit 11 Wohneinheiten und 6 Doppelparkern auf dem Grundstück Bensberger Straße 307, Gemarkung Forsbach, Flur 6, Flurstücke 327, 328 und 329
Drucks.-Nr. 165/2021

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss stimmt dem Antrag nicht zu.

10. Bauvoranfrage zur Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit 6 Wohneinheiten und 9 Stellplätzen auf dem Grundstück Bergische Landstraße 96, Gemarkung Bleifeld, Flur 1, Flurstücke 1532 und 1556
Drucks.-Nr. 115/2021 - 1

Herr Büscher bittet die Verwaltung angesichts der Diskussion um das Bauvorhaben, bei der Abnahme die üppigen Abstell- und Hauswirtschaftsräume zu kontrollieren.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt bei 3 Gegenstimmen
Der Ausschuss stimmt dem Vorhaben zu.

11. Neubau einer Mobilfunkanlage auf dem Flurstück Bleifeld, Flur 3, Flurstück 232
Drucks.-Nr. 119/2021 - 1

Der Vorsitzende unterbricht von 19:37 – 19:58 Uhr und von 20:03 – 20:07 Uhr die Sitzung, um Vertreterinnen der Bürgerinitiative „Bündnis gegen den Funkmast Breide/Bleifeld“ die Gelegenheit zur Stellungnahme zu ermöglichen. Frau Dagmar Konrad und Frau Sitara Schmitz erläutern ihre ablehnende Haltung gegen das Bauvorhaben und werben um Unterstützung durch die Ausschussmitglieder. Dazu verliest Frau Konrad eine längere vorgefertigte Stellungnahme, in welcher sie u. a. auf die Möglichkeit eines Mobilfunkleitkonzeptes verweist, welches Kommunen zur Ermittlung von geeigneten Standorten anwenden könnten. Sie erklärt ferner, dass die Bürgerinitiative als Alternative zum Bau von Mobilfunkanlagen die Nutzung von bereits vorhandenen Strommasten zur Anbringung der entsprechenden Technik vorschläge. Frau Schmitz erklärt, dass sie das bisherige Verfahren sehr belaste und wütend mache.

Anschließend erläutert Herr Bachmann noch einmal die geltende Gesetzeslage und weist darauf hin, dass die angeführten Punkte der Bürgerinitiative letztlich keinen Einfluss auf die rechtlichen Aspekte bei der Bewertung der Zulässigkeit des Antrags hätten.

Er weist u. a. auf die Einbindung in das Genehmigungsverfahren und die Möglichkeit des vorläufigen Rechtsschutzes hin.

Beschluss: einstimmig

Hiermit stimmt der Planungsausschuss der Errichtung einer Mobilfunkantenne im Außenbereich zu.

Die Sitzung wird für eine Pause um 20:12 Uhr unterbrochen.
Um 20:14 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

12. Fraktionsantrag der Fraktion Zusammen Leben Rösrath
hier: Denkmalbereichssatzung Ortskern Volberg - Hoffnungsthal -
Tagesordnungspunkt "Auskunft zum Stand der Dinge und weitere Schritte"
Drucks.-Nr. 164/2021

Herr Stupeler dankt für die in der Mitteilung enthaltenen Informationen und hofft auf eine möglichst baldige Fortführung. Zudem wünscht er sich in diesem Zusammenhang mehr Möglichkeiten zur digitalen Bürgerpartizipation.

13. Antrag der Fraktionen von SPD, FDP, ForsPark und DIE LINKE
hier: Prüfung des Ausbaus des Rad-Gehweges zwischen Stuppheide und Gerhard-
Hauptmann-Straße
Drucks.-Nr. 170/2021

Herr Pregler erkundigt sich nach dem Stand der Dinge.

Herr Büscher verweist auf die Machbarkeitsstudie der Bahn zur RB25 und fragt, ob auch Optionen für Rösrath darunter wären. Er nennt in diesem Zusammenhang den Bahnübergang an der Bensberger Straße.

Herr Dr. Heider fragt nach dem genauen Abschnitt, da der Bereich im Antrag unklar formuliert sei.

Herr Venedey fragt nach dem Bedarf nach einem Radweg, da er selber nur wenige Radfahrer an besagtem Abschnitt antreffe.

Herr Herrmann unterbreitet den Vorschlag, das Thema aufzubereiten, mit Bahn AG und NVR Kontakt aufzunehmen und einen Sachstand zur nächst möglichen Sitzung zu liefern.

Der Ausschuss nimmt den Vorschlag der Verwaltung zur Kenntnis und der Vorsitzende sagt zu, diesen Punkt zeitnah wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

14. Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
hier: Entwicklung eines Konzepts zum Aufstellen von Radabstellanlagen im
gesamten Stadtgebiet
Drucks.-Nr. 171/2021

Herr Wittkop schlägt eine zusätzliche Kennzeichnung von Radabstellanlagen vor.

Herr Nebel weist auf die Schwierigkeiten hin, auf privaten Flächen die Eigentümer zu verpflichten.

Auf die Frage von Herrn Pregler, ob private Abstellanlagen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden sollen, antwortet Herr Herrmann, dass zunächst der öffentliche Raum Priorität in der Umsetzung genieße.

Man verständigt sich darauf, zunächst den Vorschlag der Verwaltung über die Radabstellanlagen im öffentlichen Raum abzuwarten. Der Vorsitzende sagt zu, die Thematik in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses erneut behandeln zu lassen.

15. Anfragen und Mitteilungen

Herr Schönberger regt an, die alte Küsterei, die schon seit Monaten zum Verkauf steht, zur Arrondierung der öffentlichen Flächen durch die Stadt anzukaufen.

Herr Herrmann teilt mit, dass es durch die Anwohner der Kurt-Weill-Straße massive Beschwerden wegen mangelnder öffentlicher Stellplätze und nicht möglichem Begegnungsverkehr gibt. Weiter gäbe es diesbezüglich auch Hinweise der

Feuerwehr/Rettungsdienste.

Um die Situation zu entspannen, bietet die Verwaltung an, im südlichen Teil entlang der Sülztalsstraße auf kommunaler Fläche Stellplätze anzulegen und dieses den Eigentümern der nördlich in Privateigentum befindlichen Flächen auch vorzuschlagen.

Es wird darauf hingewiesen, dass bedingt durch die unmittelbar angrenzende Böschung in den entsprechenden Bereichen nur Längsparker, aber keine Schrägparker möglich sind.

Herr Schumacher fragt, wie viele Stellplätze es in den Garagen gäbe und ob die Bauaufsicht eingreifen könnte, wenn diese Garagen nicht als Stellplätze genutzt werden sollten. Darauf antwortet Herr Schönberger, dass es im besagten Gebiet häufig Carports statt Garagen gebe.

Ende der öffentlichen Sitzung: 20:39Uhr

Rösrath, den 11.05.2021

Vorsitzender

Schriftführer